



öffentlich

Betreff:
Bürgerservice im Internet

Erstellungsdatum 17.06.2003

Eingang 902:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.07.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass im Rahmen des fortschreitenden Ausbaus des Internetangebots der Landeshauptstadt Potsdam Formulare und Anträge des Bürgerservices und der Straßenverkehrsbehörde im Internet abrufbar sind. Des weiteren ist ein Verfahren zum Versand von beantragten Dokumenten einzuführen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Für den Ausbau des Servicebereiches der Stadtverwaltung wäre es von Vorteil, wenn weitere Elemente aus Handel und Wirtschaft übernommen werden. Online-Bestellungen sind mittlerweile auch in der Bundesrepublik etabliert.

Für die Entrichtung von Gebühren sowie die Zustellung von Dokumenten sind entsprechende Verfahren möglich. Die fortschreitende Entwicklung der Internetpräsenz und die Veränderung des Rechtsrahmens für Online-Geschäfte bieten gute Voraussetzungen, diese Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger abzuleiten.